Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom , , mit der die Stmk. Mindestsicherungsgesetz-Durchführungsverordnung – StMSG-DVO geändert wird

Auf Grund des § 6 Abs. 2, des § 10 Abs. 6 und des § 15 Abs. 1 des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes, LGBl. Nr. 14/2011, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. xx/2012, wird verordnet:

Die Stmk. Mindestsicherungsgesetz-Durchführungsverordnung – StMSG-DVO, LGBl. Nr. 19/2011, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 109/2011, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

„(1) Bezieherinnen/Bezieher von Mindestsicherung ist neben dem gemäß § 10 des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes (StMSG) gewährten Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfes im Ausmaß von 25 % des jeweiligen abstrakten Mindeststandards vom Träger der Mindestsicherung eine ergänzende Hilfeleistung für ihren Wohnungsaufwand bis zur Höhe des gemäß § 4 festgelegten Höchstbetrages zu gewähren, wenn der Wohnbedarf durch den Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfes im Ausmaß von 25 % des jeweiligen abstrakten Mindeststandards nicht gedeckt ist.“

2. § 2 lautet:

„§ 2 Höchstzulässiger Wohnungsaufwand

Der höchstzulässige Wohnungsaufwand (in Euro) wird entsprechend der Anzahl der im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen für die einzelnen politischen Bezirke wie folgt festgesetzt:

Politische Bezirke	1 Personen-haushalt	2 Personen-haushalt	3 Personen-haushalt	4 Personen-haushalt	5 Personen-haushalt	6 Personen-haushalt	ab 7 Personen
Bruck an der Mur	305,90	421,04	481,18	541,33	601,48	661,63	721,78
Deutschlandsberg	331,70	442,71	505,95	569,20	632,44	695,68	758,93
Feldbach	367,82	486,05	555,49	624,92	694,36	763,80	833,23
Fürstenfeld	409,10	551,07	629,79	708,52	787,24	865,96	944,69
Graz Stadt	398,78	543,84	621,54	699,23	776,92	854,61	932,30
Graz-Umgebung	367,82	493,28	563,74	634,21	704,68	775,15	845,62
Hartberg	305,90	413,81	472,93	532,04	591,16	650,28	709,39
Leibnitz	331,70	435,48	497,70	559,91	622,12	684,33	746,54
Leoben	300,74	421,04	481,18	541,33	601,48	661,63	721,78
Liezen	362,66	493,28	563,74	634,21	704,68	775,15	845,62
Murau	249,14	327,12	373,86	420,59	467,32	514,05	560,78
Murtal	280,10	363,24	415,14	467,03	518,92	570,81	622,70
Mürzzuschlag	347,18	464,38	530,72	597,06	663,40	729,74	796,08
Radkersburg	269,78	370,47	423,39	476,32	529,24	582,16	635,09
Voitsberg	295,58	384,92	439,90	494,89	549,88	604,87	659,86
Weiz	424,58	522,17	596,77	671,36	745,96	820,56	895,15

3. Nach dem 1. Abschnitt wird folgender 1a. Abschnitt eingefügt:

1a. Abschnitt Einkommensbegriff

§ 2b Einkommen

(1) Zum Einkommen zählen insbesondere:

1. Folgende Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 2 Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 1988/400, in der Fassung BGBl. I Nr. 2010/111 (im Folgenden: Einkommensteuergesetz):
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft;
 - b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit;
 - c) Einkünfte aus Gewerbebetrieb;
 - d) Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit;
 - e) Einkünfte aus Kapitalvermögen;
 - f) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung;
 - g) Sonstige Einkünfte gemäß § 29 Einkommensteuergesetz;
2. Wochengeld;
3. Kinderbetreuungsgeld;
4. Arbeitslosengeld;
5. Notstandshilfe;
6. Pensionsvorschuss;
7. erhaltene Unterhaltszahlungen;
8. Sonderzahlungen;
9. Wohnbeihilfe.

(2) Von dem gemäß Abs. 1 ermittelten Einkommen sind die auf das Einkommen gemäß Abs. 1 Z. 1 entfallende Einkommensteuer gemäß § 33 Abs. 1 Einkommensteuergesetz – vor Abzug der Absetzbeträge sowie bereinigt durch die steuerrechtlich Begünstigungen – sowie die Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen.

(3) Das nach den Abs. 1 und 2 ermittelte (Jahres-) Nettoeinkommen – unter Berücksichtigung allfällig anfallender Sonderzahlungen – ist durch 12 zu dividieren, um das monatliche Einkommen zu ermitteln.

§ 2c Nachweise

(1) Zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage für Einkünfte gemäß § 2b Abs. 1 Z. 1 ist grundsätzlich auf den Einkommensteuerbescheid des vorangegangenen Kalenderjahres abzustellen.

(2) Abweichend von Abs. 1 ist zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage für Einkünfte gemäß § 2b Abs. 1 Z. 1 lit. a der Lohnzettel bzw. der Pensionsnachweis der letzten drei Kalendermonate heranzuziehen.

(3) Zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage für Einkünfte gemäß § 2b Abs. 1 Z. 1 lit. b ist vom Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre auszugehen. Dabei ist jener Betrag heranzuziehen, der sich aus den tatsächlichen Einnahmen abzüglich der tatsächlichen Betriebsausgaben und –steuern sowie öffentlichen Ausgaben ergibt.

(4) Bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft bis zu einem Einheitswert von Euro 100.000,-, für die kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, ist der letztgültige Einheitswertbescheid heranzuziehen. Als Einkünfte sind 45 % des Einheitswertes anzusetzen, wobei geleistete Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen sind. Ist in diesem Fall ein Teil oder die ganze Land- und Forstwirtschaft gepachtet, so wird der jährliche Pachtzins in Abzug gebracht. Ist ein Teil oder die ganze Land- und Forstwirtschaft verpachtet, so sind die erhaltenen Pachtzinse einkommenserhöhend zu berücksichtigen. EU-Förderungen sind den sonstigen Einkommen zuzurechnen.

(5) Wird bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft mit einem Einheitswert von mehr als Euro 100.000,- und bei Einkünften aus selbständiger Arbeit, Einkünften aus Gewerbebetrieb, Einkünften aus Kapitalvermögen, soweit nicht endbesteuert, Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und sonstigen Einkünften im Sinne des § 29

Einkommensteuergesetz glaubhaft gemacht, dass der Einkommensteuerbescheid unverschuldet nicht vorgelegt werden kann, so sind für die Ermittlung der Einkünfte für die Berechnung der Einkommensteuer geeignete Nachweise des vorangegangenen Kalenderjahres zu verwenden.

(6) Bei allen Einkünften gemäß § 2b Abs. 1 Z. 2 bis 9 sind grundsätzlich die entsprechenden Nachweise bzw. Bestätigungen der letzten drei Kalendermonate heranzuziehen.

(7) Bei schwerwiegenden und nachhaltigen Einkommensverschlechterungen gegenüber dem für die Einkommensberechnung maßgeblichen Zeitraum ist vom aktuellen Einkommen auszugehen. In diesen Fällen sind alle Beweise vorzulegen, die geeignet sind, diese Einkommensänderungen nachzuweisen.

4. *Der bisherige § 7 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:*

„(2) Die Änderung des § 1 Abs. 1 und § 2 sowie die Einfügung des 1a. Abschnittes durch die Novelle LGBl. Nr. treten mit 1. März 2012 in Kraft.“

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Landeshauptmann **V o v e s**